

---

Marianne Birthler

---

## **Deutsch-deutsche Herausforderungen an die sozialen Bewegungen\***

---

Marianne Birthler, geb. 1948 in Berlin, war 1986 Gründungsmitglied des Arbeitskreises Solidarische Kirche in der DDR und im Herbst 1989 Vertreterin der Initiative für Frieden und Menschenrechte in der Arbeitsgruppe Bildung des Zentralen Runden Tisches. 1990 wurde sie für das Bündnis 90 zunächst in die Volkskammer, dann in den Landtag von Brandenburg gewählt. In Brandenburg übernahm sie im November 1990 das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, von dem sie wegen der Stasi-Kontakte von Ministerpräsident Stolpe im Oktober 1992 zurücktrat.

Es ist ein Fehler, die durch die wirtschaftliche, politische und soziale Integration ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger entstehenden Herausforderungen isoliert zu betrachten. Das führt zu einer Schieflage in der Diskussion, aus der heraus Prioritäten festgelegt und Konkurrenzsituationen geschaffen werden, wo Solidarität geboten ist. Das geht so weit, daß zum Beispiel bei Grundsatzdiskussionen politischer Organisationen ein Streit darüber ausbricht, ob das Ost-West-Problem und das Nord-Süd-Problem gleichrangig sind. Daran wird die Absurdität einer isolierten Betrachtungsweise deutlich.

Eigentlich müßten in der Ost-West-Diskussion jene Probleme im Vordergrund stehen, die, weil sie eine gewisse Größenordnung nicht überschritten haben, in der alten Bundesrepublik einem Gewöhnungseffekt unterliegen sind. Nur wenn es gelingt, den Zusammenhang zwischen den im Osten drängend auftauchenden Problemen und dem, was in der alten Bundesrepublik längst bekannt und gewohnt ist, zu benennen, können Problemlösungen im Osten eine Entwicklungschance für die ganze Republik bedeuten. Insofern tragen die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland eine besondere Verantwortung: Wir können dadurch, daß Probleme bei uns wie unter einem Brennglas sichtbar werden, und indem wir die Verantwortung nicht nur für unsere eigene Situation wahrnehmen und weniger sagen — was derzeit noch häufig zu hören ist -, „Ihr müßt für uns etwas erreichen“, und öfter sagen, „Wir wollen mit euch zusammen etwas durchsetzen“, zu einem Entwicklungsschub in der Bundesrepublik beitragen.

Bei Gesprächen in Brandenburg habe ich jedenfalls häufig erlebt, daß man, wenn man von der ausschließlichen Bezogenheit auf die eigenen Probleme abgeht und statt dessen deutlich macht, daß hieraus eine Verantwortung für das ganze Land erwächst und daß man beides zusammen sehen muß - die Verantwortung des Westens für den Osten und die Verantwortung, die wir im

---

\* Überarbeitete Fassung eines Vertrags auf der Fachtagung Gespaltene Gesellschaften - Gemeinsame Zukunft, 4. - 5. Dezember 1992 in Berlin.

Osten für das Ganze haben -, nicht nur Erstaunen hervorrufen sondern auch Nachdenken in Gang setzen kann. Welche Herausforderungen sind es, die sich nicht nur als deutsch-deutsche Herausforderungen beschreiben lassen?

#### Erste Herausforderung: Kampf um Besitzstandswahrung

Besitzstandswahrung gibt es nicht nur im eingengten Sinne bei Westdeutschen, die mit Blick auf die Anforderungen des Ostens um das Erreichte fürchten. Eine zentrale Frage der nächsten Jahre wird sein, eine politische und alltägliche Grundsatzentscheidung zu treffen zwischen Abschottungstendenzen und der Bereitschaft zu teilen.

Diese Frage wird vor allem mit Blick auf Europa immer dringlicher, einem Europa, dem ich mit wachsender Zurückhaltung entgegensehe, weil sich immer deutlicher abzeichnet, daß sich reiche Länder gegen den Rest der Welt verbünden, um sich gegen die Armut der anderen abzuschotten. Einer Zeitungsnotiz habe ich vor kurzem entnommen, daß eine französische Politikerin bereits eine Art Wachpostensystem um die europäischen Staaten fordert. Man braucht nicht viel Phantasie, um weiterzudenken. Eins aber wissen DDR-Bürger besser als alle anderen, und sie sollten es laut und deutlich sagen: Eine Gesellschaft, die sich einmauert, stirbt ab. Eine Mauer, ob sie nun um die DDR gezogen wurde oder um Europa errichtet wird, wirkt nicht nur nach außen verhängnisvoll, sondern bringt auch den gesellschaftlichen Tod im Inneren.

#### Zweite Herausforderung: Überwindung des wirtschaftlichen, politischen und sozialpsychologischen Ost-West- und West-Ost-Gefälles

Die Dimensionen des Ost-West- und des West-Ost-Gefälles werden meist einseitig als Entwicklungsvorsprung hier und -rückstand da beschrieben. Auf diese Weise wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, Erfahrungswelten werden entwertet und wichtige Entwicklungschancen verpaßt. Die asymmetrische Anschlußvereinigung Deutschlands erklärt auch das, was in Ostdeutschland Lebensqualität war, als besiegt, anstatt es als Anfrage an das bundesdeutsche System zu begreifen.

Mit diesem pauschalen Überrollen wird eine Art von DDR-Nostalgie genährt, die in politisch fragwürdige Konstellationen wie die *Komitees für Gerechtigkeit* mündet. Hinzu kommt, daß mentale Vorbehalte Ost gegen West und umgekehrt zur Quelle von Entsolidarisierung werden. Das ist eine starke Verlockung für jene, die keinerlei Interesse an der bundesweiten Solidarität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Alleinerziehenden und Sozialhilfeempfängern haben, dafür aber daran, die Gegensätze innerhalb der ost- wie der westdeutschen Gesellschaft zu überspielen.

#### Dritte Herausforderung: Verteilung von Arbeit

Die Verteilung von Arbeit, die Durchsetzung des Menschen- und Verfassungsrechtes auf Arbeit wird eines der zentralen Themen der nächsten Jahre

werden: Ein Arbeitskräfteüberschuß dient zwar dem Interesse der Arbeitgeber, kann Mittel zur Disziplinierung sein, wird aber von allen Arbeitnehmern bezahlt. Meine auf den ersten Blick vielleicht naiv anmutende Frage lautet: Wie kommt es, daß die bemerkenswerte Tatsache, daß eine moderne Gesellschaft in der Lage ist, ihre Aufgaben mit immer weniger Arbeitsaufwand zu erfüllen, zu sozialen Verwerfungen führt? Warum sind immer noch die einen überfordert und die anderen ohne Beschäftigung? Warum wird nicht - wenigstens von den Gewerkschaften - gefordert, daß die knapper werdende Arbeit gerechter verteilt wird?

#### Vierte Herausforderung: Demokratiedefizite

In diesem Zusammenhang sei nur auf die mangelnden Mitwirkungsmöglichkeiten auf allen Ebenen der Gesellschaft, auf die Krise der Parteien und die Glaubwürdigkeitskrise der Politik, auf die zunehmende Entpolitisierung und den sogenannten Rechtsruck hingewiesen. Ich erkenne darin Indizien einer politischen Mißbildung - dem Fehlen von Bildung in einem aufklärerischen Sinne. Politische Bildung muß diesen Tendenzen entgegenwirken, und sie kann dies, indem sie der Neigung zu einer zunehmenden gesellschaftlichen Entsolidarisierung die Erfolgsgeschichte der Solidarität gegenüberstellt. Das setzt allerdings ein Konzept politischer Bildung voraus, das Lernen in einem umfassenden Sinne versteht, das über die Vermittlung kognitiver Prozesse hinausgeht und auf die Veränderung von Einstellungen und Verhalten zielt. Die Gewerkschaften können einen wichtigen Beitrag dabei leisten, wenn sie den Menschen die Erfahrung vermitteln, daß ihr politisches Engagement Erfolg hat, und indem sie der wachsenden Tendenz gesellschaftlicher Teilung und Ausgrenzung ihr Modell gesellschaftlicher Solidarität entgegenstellen.

#### Fünfte Herausforderung: Ökologische Krise

Hier muß aus Zeitgründen ein kurzer Hinweis genügen: Immer wieder wird die Ökologie gegen ökonomische Interessen, gegen Arbeitsmarkterfordernisse ausgespielt - ganz besonders bei uns im Osten -, wird ihre Überwindung zugunsten anderer, vermeintlich wichtigerer politischer Probleme zurückgestellt.

#### Sechste Herausforderung: Gleichstellung von Frauen und Männern

Auch hier nur ein Stichwort: Von einer Quote zu sprechen, ist uns ostdeutschen Frauen zu wenig - zu wenig für uns, die wir mehr als die westdeutschen Frauen in der Vergangenheit versucht haben, Berufstätigkeit und Familie, Karriere und Kinder miteinander zu verbinden. Es geht um eine familien-, kinder- und frauenfreundliche und damit zwangsläufig auch männerfreundliche Arbeitswelt.

#### Die Schwächen der sozialen Bewegungen im Osten Deutschlands

Die sozialen Bewegungen im Osten Deutschlands, die aufgrund der Ereignisse des Herbstes 1989 im öffentlichen Bild häufig überhöht dargestellt

werden, bedürfen einer genaueren Untersuchung. Mit ihnen - so lautet meine zentrale These, die allen Geschichtsdarstellungen zuwiderläuft, die bisher über die Jahre 1989/1990 geschrieben worden sind - ist nicht viel los: Zurückblickend auf die Ereignisse von 1989/1990 haben wir große Menschenmassen in Erinnerung, aber die Kraft von 1989 scheint geschwunden. Immer wieder bin ich in den letzten Monaten in Diskussionen auf Resignation gestoßen, die aus der Erfahrung resultiert, daß jetzt alles nicht mehr so ist wie 1989. Es ist sehr mühsam, nachvollziehbar zu machen, daß sich 1989 in einer logischen Sekunde der Geschichte offenbar sehr viele Menschen einig waren in dem, wogegen sie sind. In dem Moment aber, wo wir anfangen mußten zu sagen, wofür wir sind, war die Sache schon schwieriger, und als die Mühen des bundesdeutschen Alltags über uns hereinbrachen, ist dann schnell sehr deutlich geworden, wie es eigentlich um die innere Verfassung der ehemaligen DDR-Bürger wirklich bestellt war. Und hier sehe ich die wirklichen Schäden, die vierzig Jahre DDR angerichtet haben: Es hat seine Folgen, daß in der DDR eine Art von Versorgungsmentalität bestärkt wurde, daß Menschen in vielen Bereichen ihres Lebens gehindert wurden, Verantwortung für sich selber zu übernehmen und genauso politische Verantwortung für gesellschaftliche Organisationen oder Forderungen. Es gibt im Osten Deutschlands keine entwickelte Kultur sozialer Bewegungen, weil es in der DDR kaum möglich war, sich außerhalb staatlicher Strukturen zu organisieren und für die eigenen Interessen einzutreten. Das ging so weit, daß sogar Selbsthilfegruppen von Eltern behinderter Kinder unerwünscht waren.

Genauso problematisch sind die Ersterfahrungen, die die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland jetzt mit der Demokratie machen. Ich will das an einem Bild verdeutlichen: Die Demokratie ist für viele in Ostdeutschland so etwas wie ein leerer Krug mit dem Etikett *Demokratie*. Womit dieser Begriff gefüllt wird, das entscheidet sich in diesen Tagen, Wochen und Monaten, in denen Stimmungslage und Erfahrungen düster sind. Ich halte das deshalb für verhängnisvoll, weil derjenige, der schlechte Ersterfahrungen mit der Demokratie gemacht hat, kaum bereit sein dürfte, sich aktiv für den Schutz dieser Demokratie einzusetzen. Mit den Folgen dieser Situation werden wir es, so ist zu fürchten, noch zu tun bekommen.

In der DDR wurde ein ausgesprochen unerwachsenes Verhältnis zu Autoritäten gepflegt. Darin liegt womöglich eine der Ursachen dafür, daß es heute gewisse Hemmungen gibt, die Politik, die viele noch vor kurzem jubelnd herbeigesehnt haben, anzugreifen. Die Bürgerbewegungen, die wie das *Neue Forum* oder das *Bündnis 90* beanspruchen, Interessensvertretung zu sein, werden als solche nicht akzeptiert. Das hat seinen Grund zum einen darin, daß die Gruppen, die in der Tradition der früheren Opposition stehen, für viele ein ungeeignetes Identifikationsmodell sind, denn sie erinnern daran, daß es in der DDR Möglichkeiten gab, anders zu leben. Das wollen viele, auch rückblickend nicht, nicht akzeptieren. Die *Komitees für Gerechtigkeit* auf der anderen Seite werden deshalb nicht angenommen, weil sie allzu offensichtlich ein Ver-

such ehemaliger DDR-Funktionäre oder -Parteipolitiker sind, ein politisches Comeback zu proben. Der Versuch zur Gründung von Komitees zur Gerechtigkeit kann im übrigen als gescheitert bezeichnet werden. Ich erwähne das nur deshalb noch einmal, weil ich die Diskussion um diese Komitees für ausgesprochen interessant und lehrreich halte: Zunächst war das Erschrecken auf Seiten der etablierten Parteien enorm groß. Sie hätten diesen Befürchtungen allerdings von vornherein dadurch begegnen können, daß sie sich klar gemacht hätten, daß das verbindende Kriterium, ostdeutsch zu sein, noch lange nicht eine gleiche Interessenlage bedeutet.

Die Gewerkschaften sind in Ostdeutschland ihr noch aus der DDR-Zeit rührendes Image, nicht viel zu bewirken, noch nicht vollständig losgeworden. Dies liegt zum Teil auch daran, daß sie nicht überzeugend personell erneuert wurden. Ich kenne jedenfalls eine Reihe von Leuten, die zu ihrer Gewerkschaft eine große Distanz haben, weil sie der Meinung sind, daß sich im großen und ganzen, wenn man sich so manche Gesichter anschaut, nicht genug verändert hat.

Ein weiteres Kennzeichen der politisch engagierten Schicht ist deren absolute Überforderung. Die Personaldecke ist sehr dünn, und manche haben in den letzten drei Jahren - ich schließe mich da nicht aus - Sprünge machen müssen, die sie in jeder Beziehung überfordert haben. Es gibt Personen, die noch vor drei Jahren eine örtliche Umweltgruppe ins Leben gerufen haben und jetzt Dezernent oder Minister sind. Andere haben sich vor drei Jahren darauf beschränkt, Protestbriefe gegen Wahlfälschung zu drucken, und sind jetzt Landrat oder leiten eine Fraktion. Es ist leicht nachvollziehbar, daß das auch seelische Verwerfungen nach sich zieht. Der Personalverbrauch war ungeheuer groß, und jetzt muß erst einmal nachwachsen, was an Basisinitiativen etwa an die Politik auf Landes- und Bundesebene verlorengegangen ist. Das Reservoir engagierter, fähiger Menschen ist ausgeschöpft, es kann sich nur allmählich erneuern. Und nicht zu vergessen: Die alle Lebensbereiche betreffende totale Umstellung kostet seelische Energie und fördert den Rückzug ins Private. Fremdlinge im eigenen Land haben anderes im Sinn, als Bürgerinitiativen zu gründen.

#### Soziale Bewegungen und politische Parteien

Soziale Bewegungen sind die Bündelung von Einzel- und Gruppeninitiativen, die an einer bestimmten Herausforderung als Antwort auf objektiv oder subjektiv erlebtes oder beobachtetes Unrecht entstehen. Methoden der Herstellung von Öffentlichkeit, der Durchsetzung von Zielen werden allmählich entwickelt und weiterentwickelt.

Wenn auch die vorausgegangene Betrachtung sozialer Bewegungen in Ostdeutschland nicht ermutigend erscheint, muß berücksichtigt werden, welche Voraussetzungen für die Entstehung wirksamer Strukturen nötig sind. Ein Blick in die alten Bundesländer zeigt, daß trotz jahrelanger Reifungsmöglichkeiten auch dort Strukturen und Wirksamkeit sozialer Bewegungen völlig

unzureichend sind. Der zentrale Unterschied zwischen sozialen Bewegungen und politischen Parteien liegt in der Konzentration jener auf ein Thema oder einen Themenbereich. Während diese genötigt sind, Kompetenz auf allen Politikfeldern zu beweisen - etwas, was von den Wählerinnen und Wählern erwartet wird, dem die Parteien allerdings manchmal nur äußerst angestrengt nachkommen -, bietet die Konzentration auf ein bestimmtes Problemfeld die Chance, parteiübergreifend zu arbeiten und viele Menschen mit einzubeziehen. Die durch den universalen politischen Anspruch der Parteien entstehende Schwerfälligkeit wird vermieden. Regionale und zeitlich befristete Organisationsformen sind ebenso möglich wie solche, die nur auf bestimmte Teile der Bevölkerung zielen.

Begeben sich Bürgerbewegungen selbst in eine unmittelbare Konkurrenz zu politischen Parteien oder entwickeln sich gar selbst zu einer Partei, dann laufen sie - wie das Beispiel des Bündnis 90 zeigt - Gefahr, daß sie das, was sie auf der einen Seite etwa durch den Einzug in Parlamente an zusätzlichen Handlungsmöglichkeiten hinzugewinnen, auf anderen Feldern durch den Verlust von Einflußmöglichkeiten auf die anderen Parteien wieder verlieren. Soziale Bewegungen und politische Parteien sind am wirkungsvollsten, wenn sie nicht in unmittelbarer Konkurrenz zueinander stehen, sondern mit ihren Politiken auf unterschiedlichen Handlungsfeldern ineinandergreifen.

#### Gewerkschaften - eine Stimme im Konzert sozialer Bewegungen

Gewerkschaften sind auf Kommunikation mit anderen sozialen Bewegungen angewiesen, denn kein einziges gesellschaftliches Problemfeld kann angemessen bearbeitet werden, wenn es isoliert betrachtet wird. Sachgerechte Problemlösungen und realistische politische Forderungen sind nur vor dem Hintergrund vernetzter Diskussionen und der Berücksichtigung von Interessenkonflikten denkbar.

Kommunikation, Erfahrungstransfer und punktuelle Kooperation bieten darüber hinaus sowohl die Chance zur Überwindung kultureller Verengungen wie auch zum Transfer von Erfahrungen. Ersteres scheint sinnvoll angesichts von jahrzehntealten Arbeitsformen und Bindungen, die möglicherweise dringend einer Überprüfung bedürfen, um nicht neuen Wein in alten Schläuchen zu handeln. Letzteres kann, zum Beispiel durch die Bereitstellung von Infrastruktur, wesentlich dazu helfen, daß neue, junge Bewegungen selbstbewußt und arbeitsfähig werden. Wenn sich Gewerkschaften in diesem Sinne als eine Stimme im Konzert begreifen, dann stellt sich die Frage nach ihrem besonderen Arbeitsfeld. Da ich keine intimen Kenntnisse der gewerkschaftlichen Diskussion habe, tragen meine Anmerkungen dazu vorsichtshalber den Charakter von Fragen.

Die *erste Frage* bezieht sich darauf, ob die Gewerkschaften sich als Interessenvertretung nicht nur der Mitglieder und Erwerbstätigen, sondern auch der Erwerbslosen begreifen. Ich bin auf dieses Problemfeld im Zusammenhang

mit dem sogenannten 80-Prozent-Modell in Brandenburg<sup>1</sup> gestoßen und in dieser Auseinandersetzung zu der Überzeugung gelangt, daß es den Gewerkschaften hier an Eindeutigkeit mangelt. Wie sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Osten aber Vertrauen in ihre Gewerkschaft gewinnen, wenn sie damit rechnen müssen, am Tage nach ihrer Entlassung nicht mehr zu denen zu gehören, deren Interessen zum Beispiel in Tarifkonflikten berücksichtigt werden?

Meine *zweite Frage* bezieht sich auf die schon angesprochene Öffnung gegenüber neuen Themen und Herausforderungen. Diese Öffnung meint nicht, daß Gewerkschaften zugleich Interessenvertretung der Mieter, der Wehrdienstverweigerer oder der Frauenbewegung werden müssen. Aber die - hoffentlich aller gewerkschaftlichen Arbeit zugrundeliegende - Perspektive der Benachteiligten macht Solidarisation ohne Vereinnahmung in zentralen politischen Problemfeldern möglich. Voraussetzung für eine solche Solidarisation, natürlich auch für die Abwägung von Interessenkollisionen, ist der Dialog zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, für den die derzeit in den Gewerkschaften diskutierte Gründung einer Kritischen Akademie ein notwendiges Podium schaffen könnte.

Meine *dritte Frage* bezieht sich auf mögliche inhaltliche Grenzen der Interessenvertretung und betrifft beileibe nicht nur die Gewerkschaften. Wir beschreiben soziale Bewegungen vorwiegend positiv und sehen in ihrer Arbeit einen Beitrag zur Emanzipation, zur Selbstbestimmung und zu mehr Gerechtigkeit. Wo jedoch Interessenvertretung von Arbeitnehmern auf Kosten anderer geschieht, frage ich nach den Grenzen: Sind die Grenzen schon da, wo die Interessenvertretungen von Arbeitnehmern mit denen von Erwerbslosen kollidieren, oder da, wo die Schaffung von Arbeitsplätzen Lebensqualität beeinträchtigt, oder da, wo die Rechte von Arbeitnehmern anderer Länder beeinträchtigt werden? Mit dem gleichen Recht muß nach den Grenzen sozialer Bewegungen gefragt werden. Vielleicht ist es angesichts derer, die zum Beispiel mit rassistischer Gesinnung für sich beanspruchen, ebenfalls eine soziale Bewegung zu sein, nötig, eine Charta der sozialen Bewegungen zu entwickeln.

---

<sup>1</sup> Das Land Brandenburg hat 1991 gegen zunächst heftigen Widerstand der Gewerkschaft mit der GEW eine Vereinbarung abgeschlossen, nach der zur Vermeidung arbeitsbedingter Entlassungen allen Lehrern, die im Land Brandenburg weiterbeschäftigt wurden, nur Teilzeitarbeitsplätze mit 80 Prozent bei entsprechender Gehaltsreduzierung angeboten wurden.